



P r o t o k o l l

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung u. Gesundheit

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.11.2022
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:41 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Brücher, Bertold

Bündnis 90/Die Grünen

Ordentliche Mitglieder

Emmerich, Peter

CDU

Ganzauer, Oliver

SPD

Graf, Frank

SPD

Hauptstein, Siegfried

SPD

Kamphenkel, Marcel

SPD

Kanter, Heike

CDU

Keye, Bernfried

SPD

Müller, Karl - Heinz

CDU

Pröttel, Leonhard

Bündnis 90/Die Grünen

Schäfer, Uwe (Vertretung für Oesterhelweg, Frank)

CDU

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn

FDP

Beratende Mitglieder

Beims, André

Denecke, Frank

Graf, Florian

Marowsky-Brée, Carsten

Sievers, Rolf

Wollschläger, Pascal (online teilgenommen)

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko
Klooth, Kathrin
Lehmann, Rüdiger
Schulze Kökelsum, Monika, Dr.
Gittermann, Anette
Glaeske, Olaf
Heintzen, Tanja
Salamon, Christina
Brennecke, Daniel

Als Gäste

Schreiber, Tanja
Rössig, Fritz

Geschäftsführerin des Instituts für persönliche Hilfen e. V.
Leiter der Abteilung Regionalverkehr beim Regionalverband
Großraum Braunschweig

Protokollführer

Buchholz, Dennis

Protokollführer

Es fehlen:

Oesterhelweg, Frank
Pastewsky, Jürgen

CDU
AFD

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Betreuungsrechtsreform - Mündlicher Bericht
7. Errichtung eines Betreuungsvereins
Vorlage: XIX-0206/2022
8. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - Teilhaushalt Ordnung u. Verbraucherschutz sowie Gesundheit (32 u. 53)
Vorlage: XIX-0204/2022 sowie XIX-0204/2022/5
- 8.1. ÖPNV; Finanzielle Beteiligung am Verkehr der Kraftverkehrsgesellschaft mbH Braunschweig (KVG) im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0182/2022 sowie XIX-0182/2022/1

- 8.2. Abschluss einer (Folge-)Vereinbarung mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
Vorlage: XIX-0216/2022
 - 8.3. Antrag auf anteilige Finanzierung eines Spritzenautomaten am Kontaktcafé Clara der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
Vorlage: XIX-0215/2022
 9. Kurzvorstellung des Konzepts Bürgerleuchttürme
 10. Rettungswache Cremlingen - Mündlicher Bericht
 11. Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht
 12. Aktuelle Lage der Corona-Pandemie im Landkreis Wolfenbüttel -Mündlicher Bericht
 13. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
 14. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Brücher eröffnet die Sitzung 5. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit um 16:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Brücher stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Es wird mitgeteilt, dass KAbg. Schäfer in Vertretung für KAbg. Oesterhelweg an der Sitzung teilnimmt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Brücher stellt die Tagesordnung fest.

Änderungen liegen nicht vor. KAbg. Ganzauer merkt an, dass Tagesordnungspunkt 7, Einrichtung eines Betreuungsvereins, auch im Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit hätte beraten werden müssen.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass die Betreuungsstelle organisatorisch im Gesundheitsamt angesiedelt sei.

Vorsitzender Brücher ergänzt, dass der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit somit richtigerweise der federführende Ausschuss ist. Die Überlegung, gewisse Beschlussvorlagen künftig in mehreren Ausschüssen zu behandeln, sei grundsätzlicher Natur und müsste im Kreistag besprochen werden.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Brücher stellt das Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zur Aussprache.

KAbg. Kanter merkt an, dass im Protokoll KAbg. Florek fälschlicherweise der SPD-Fraktion zugeordnet wurde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig mit drei Enthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 01.09.2022 wird mit der Änderung der Fraktionszugehörigkeit von KAbg. Florek genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass eine Anfrage einer Einwohnerin vorliegt.

Frau Hellwig hat eine Anfrage zur Anschaffung zweier Schalldisplays und möchte wissen, ob diese bereits im Landkreis Wolfenbüttel verfügbar sind.

Herr Lehmann teilt mit, dass ihm der Sachverhalt bekannt sei. Da die Zuständigkeit bei einem anderen Amt liege, müssten dazu aber noch intern Informationen eingeholt werden.

Landrätin Steinbrügge sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokollnotiz:

Die Beantwortung der Anfrage durch den Leiter des Dezernats für Bauen, Umwelt und Betriebe, Herrn Volkers:

„Lärmdisplays sind noch nicht verfügbar. Da keine Förderung über das Förderprogramm des Landes Niedersachsen eingeworben werden konnte, wurde entschieden, erst einmal ein Lärmdisplay anzuschaffen. Die Ausschreibung dazu wird aktuell vorbereitet. Die Finanzierung erfolgt über die eingeplanten Eigenmittel sowie über eine Förderung durch die Stiftung Zukunftsfonds Asse, die bereits bewilligt wurde.“

Vorsitzender Brücher schließt den Tagesordnungspunkt, da keine weiteren Anfragen vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Kamphenkel stellt eine Anfrage zum Kreistagsbeschluss vom 01.07.2019, wonach der Landkreis Wolfenbüttel die Betriebskosten für die Anbindung von Feuerwehrgerätehäusern an das Internet mit einer einmaligen zweckgebundenen Pauschale von 500,- Euro pro Liegenschaft fördern soll (XVIII-0440/2019).

Protokollnotiz:

Die Anfrage sowie die Beantwortung durch die Verwaltung ist als Anlage 1 dem Protokoll beigelegt.

KAbg. Pröttel stellt eine Anfrage zur Versorgung mit Kinderärzten für Geflüchtete. Durch einen vielerorts bestehenden Aufnahmestopp sei etwa die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen nicht möglich. Dazu werden drei Fragen gestellt:

1. Kann das Gesundheitsamt im Notfall Vorsorgeuntersuchungen übernehmen?
2. Was kann der Landkreis Wolfenbüttel tun, um die Situation zu verbessern? Kann das Gesundheitsamt Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung aufnehmen, um auf die Situation hinzuweisen?
3. Im Jahr 2019 gab es eine gemeinsame Aktion zwischen dem Gesundheitsamt und mehreren Migrationsberatungsstellen um die niedergelassenen Ärzte zu sensibilisieren. Könnte man eine solche Situation wiederholen?

Frau Dr. Schulze Kökelsum beantwortet die Fragen:

1. Schon wegen der personellen Situation ist eine Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen durch das Gesundheitsamt nicht möglich. Aufgrund von Vakanzen und Ausfällen ist derzeit lediglich eine Ärztin als Halbtagskraft im Dienst, die Schuleingangsuntersuchungen durchführt. Sie weist darauf hin, dass es sich bei Vorsorgeuntersuchungen nicht um Notfalluntersuchungen handelt.
2. Es wurde bereits in 2019/2020 Kontakt mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufgenommen. Von dort wurde mitgeteilt, dass keine weiteren Möglichkeiten bestehen, Kapazitäten zu erhöhen, da bereits alle 7 in Wolfenbüttel bestehenden Kassensitze besetzt seien (davon 4 Kinderärzte). Es wird dennoch eine erneute Kontaktaufnahme zugesichert. Eine weitere Möglichkeit wäre, auch die allgemeinen Hausärzte im akuten Behandlungsbedarf in Anspruch zu nehmen.
3. Die angesprochene Aktion fand am 29.01.2020 unter Teilnahme der niedergelassenen Kinderärzte, der Caritas, dem Refugium sowie der AWO statt. Es wurde damals die Verabredung getroffen, dass der betroffene Personenkreis, soweit eine akute Behandlungsbedürftigkeit besteht, dennoch einen Termin zur Vorsprache erhalten kann. Es ist angedacht, sich erneut zusammenzusetzen.

KAbg. Keye fragt nach einer Gegenüberstellung der Einnahmen durch den neuen Blitzer-Anhänger im Vergleich zu vorher.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass eine solche Aufstellung über das Protokoll zur Verfügung gestellt wird. Die Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

KAbg. Kamphenkel fragt, ob es einen Krisenstab bzw. Vorbereitungen zur Bewältigung einer eventuellen Gasmangellage gibt.

Vorsitzender Brücher teilt mit, dass dies im Tagesordnungspunkt 9, Kurzvorstellung des Konzepts Bürgerleuchttürme, behandelt wird.

TOP 6 Betreuungsrechtsreform - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf und übergibt das Wort an Frau Gittermann.

Frau Gittermann führt sodann anhand einer Präsentation in das Betreuungsrecht sowie in die anstehende Betreuungsrechtsreform ein. Die Präsentation ist als Anlage 3 dem Protokoll beigelegt.

KAbg. Müller fragt, ob durch die Errichtung eines Betreuungsvereins das Risiko besteht, dass dieser die Betreuungen im Landkreis Wolfenbüttel eigenmächtig an sich zieht.

Frau Gittermann stellt klar, dass der Betreuungsverein keine Betreuungen koordiniert. Vielmehr akquiriert dieser Betreuerinnen und Betreuer, bildet sie fort und unterstützt sie. Außerdem stellt er Berufsbetreuer. Über die Einrichtung einer Betreuung und Einsetzung einer Betreuerin oder eines Betreuers entscheidet im konkreten Fall das Betreuungsgericht.

KAbg. Ganzauer fragt nach dem Grund der Betreuungsrechtsreform.

Frau Klooth teilt mit, dass der wesentliche Grund der Reform ist, den betroffenen Personenkreis in den Vordergrund zu stellen und deren Rechte zu stärken sowie die Qualität der Betreuungen zu steigern.

KAbg. Försterling fragt, ob der Betreuungsverein eine Zweigstelle in Wolfenbüttel eröffnen wird.

Frau Gittermann bestätigt, dass eine Zweigstelle in Wolfenbüttel beabsichtigt ist. Sie betont, dass es sich um einen anerkannten Betreuungsverein in Wolfenbüttel handeln muss.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Betreuungsrechtsreform Kenntnis.

TOP 7 Errichtung eines Betreuungsvereins Vorlage: XIX-0206/2022

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Frau Klooth erläutert die Tischvorlage zur Vorlage XIX-0206/2022. Diese liegt als Anlage 4 dem Protokoll bei.

Durch die Betreuungsrechtsreform und damit zusätzlich durch Gesetz zugewiesene Aufgaben bestünde für den Landkreis Wolfenbüttel ein Personalmehrbedarf von 1,5 Vollzeitstellen. Der Betreuungsverein könnte eine Aufgabenerfüllung durch die Nutzung von Synergien mit 1,2 Vollzeitstellen gewährleisten.

Vorsitzender Brücher erteilt Frau Tanja Schreiber, Geschäftsführerin des Instituts für persönliche Hilfen e. V., das Wort.

Frau Schreiber stellt den Verein anhand einer Präsentation vor. Diese ist als Anlage 5 dem Protokoll beigelegt.

KAbg. Försterling fragt nach möglichen Korrelationen mit anderen Geschäftsbereichen des Vereins und inwieweit eine Unabhängigkeit sichergestellt werden kann.

Frau Klooth mahnt trotz Verständnis für kritische Rückfragen an, dass der Landkreis Wolfenbüttel die durch die Betreuungsreform hinzukommenden Aufgaben nach jetzigem Stand nicht bewältigen kann. Der Personalbedarf in der Betreuungsstelle kann bereits ohne die künftig neu hinzukommenden Aufgaben nicht erfüllt werden. Die Möglichkeit, den Betreuungsverein einzurichten, müsse daher als Chance gesehen werden.

KAbg. Försterling weist auf die angespannte Haushaltslage des Landkreises Wolfenbüttel hin.

Landrätin Steinbrügge verweist darauf, dass hier keine Einsparmöglichkeiten bestehen. Der Landkreis Wolfenbüttel hat die Möglichkeit, entweder auf den Betreuungsverein zurückzugreifen oder die Aufgaben selbst auszuführen. Im zweiten Fall fallen ohnehin mindestens die Personalkosten dafür an. Die Verwaltung bevorzugt die Möglichkeit, den Betreuungsverein zu nutzen, da dort die entsprechenden personellen Ressourcen bereits vorhanden sind.

Herr Beims fragt, ob auch eine andere Einrichtung in der Region als Betreuungsverein in Betracht kommt.

Frau Klooth bestätigt, dass keine andere Einrichtung als geeigneter Betreuungsverein bekannt sei.

Landrätin Steinbrügge betont noch einmal, dass eine Tätigkeit als Betreuungsverein die Anerkennung durch das Oberlandesgericht bedarf. Es könne daher nicht durch eine beliebige soziale Einrichtung übernommen werden.

Ohne weitere Aussprache ergibt sich folgendes

Ergebnis:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit enthält sich mit 11 Stimmen einer Beschlussempfehlung laut Vorlage. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 8 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - Teilhaushalt Ordnung u. Verbraucherschutz sowie Gesundheit (32 u. 53) Vorlage: XIX-0204/2022 sowie XIX-0204/2022/5

Vorsitzender Brücher ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und erteilt dem Ersten Kreisrat, Herr Beddig, das Wort

Herr Beddig teilt mit, dass eine eingehende Befassung mit der Haushaltssatzung im anschließenden Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal stattfinden wird.

Vorsitzender Brücher schlägt dem Ausschuss insofern vor, die Vorlagen zu den die Tagesordnungspunkten 8, 8.1, 8.2 und 8.3 zur Kenntnis zu nehmen und ohne Beschlussempfehlung an den Kreisausschuss und Kreistag zur Entscheidung zu geben.

Daraufhin fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einvernehmlich nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlagen XIX-0204/2022 sowie XIX-0204/2022/5, XIX-0182/2022 sowie XIX-0182/2022/1, XIX-0216/2022 und XIX-02115/2022 werden zur Kenntnis genommen und zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend Beschlussempfehlungen zu diesen Vorlagen an den Kreistag abzugeben.

TOP 8.1 ÖPNV; Finanzielle Beteiligung am Verkehr der Kraftverkehrsgesellschaft mbH Braunschweig (KVG) im Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XIX-0182/2022 sowie XIX-0182/2022/1

Auf Anfrage des KAbg. Försterling lässt Vorsitzender Brücher eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt zu, obwohl bereits eingangs der Beratungen zu Tagesordnungspunkt 8 ein einvernehmlicher Beschluss gefasst worden war.

KAbg. Försterling teilt mit, dass ausweislich der Anlage 2 zur Vorlage XIX-0182/2022 eine Finanzierung der Aufwendungen der KVG durch Ausgleichsleistungen einzelner oder aller Mitglieder der Behördengruppe erfolgt. Damit sei ausgeschlossen, dass der Landkreis Wolfenbüttel an der Aufwandsdeckung beteiligt werde. Des Weiteren stellt er die Frage, ob die Direktvergabe an die KVG rechtswidrig wird, wenn der Landkreis Wolfenbüttel als Dritter zur Finanzierung herangezogen wird.

Herr Rössig führt aus, dass die Ausgleichsleistungen zur Aufrechterhaltung der Verkehrsabdeckung notwendig sind und sich auch auf die aktuellen Kostensteigerungen zurückführen lassen.

KAbg. Pröttel stellt fest, dass die durch die KVG angebotenen Leistungen im Nahverkehrsplan festgeschrieben sind und der Landkreis Wolfenbüttel an der Erstellung beteiligt war. Somit wird dem Landkreis Wolfenbüttel nichts aufgezwungen.

KAbg. Graf fragt, warum über die Verbandsumlage hinaus doppelt gezahlt werden soll. Bei Defiziten müsste sich die KVG eigentlich an den Regionalverband wenden.

Herr Rössig teilt mit, dass ein Großteil der Leistungen, die im Regionalbusverkehr erbracht werden, über die Verbandsumlage finanziert werden nicht jedoch die lokalen Verkehre.

Protokollnotiz:

Zur Finanzierung des straßengebundenen ÖPNV im Gebiet des Regionalverbandes Großraum Braunschweig (RGB) wird an dieser Stelle auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 1. September 2022 hingewiesen (TOP 6). Stichwortartig zusammengefasst stellt sich die Finanzierung des ÖPNV wie folgt dar:

- Regionalisierungsmittel des Bundes (verteilt über das Land an den Regionalverband)
- Tarifeinnahmen
- **Kommunale Mittel**
- ÖPNV-Rettungsschirm (für 2021 und 2022)

Die kommunalen Mittel untergliedern sich folgendermaßen:

- Finanzierung der regionalen Busverkehre (RegioBus-Linien) → Verbandsumlage des RGB
- **Lokale Busverkehre:**
 - Refinanzierungsverträge (bei Kommunen, die nicht an Verkehrsunternehmen beteiligt sind). → Direktzahlungen der Kommunen an die Verkehrsunternehmen (Verlustausgleich).
 - Kommunaler Ausgleich (bei den Kommunen, die an Verkehrsunternehmen beteiligt sind). → Direktzahlungen der Kommunen an die Verkehrsunternehmen (Verlustausgleich).
- Weitere kommunale Beiträge (freigestellter Schülerverkehr u.a.)

Herr Beims teilt mit, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass eine Ausgleichsleistung durch den Landkreis Wolfenbüttel gezahlt werden solle, obwohl dieser nicht an der Auftragsvergabe beteiligt war und bereits im Jahr 2003 seine Beteiligungen an der KVG mit allen Chancen und Risiken an die Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Salzgitter, welche einhundertprozentige Tochter der Stadt Salzgitter ist, veräußert hat.

Herr Rössig erläutert, dass der Landkreis Wolfenbüttel insbesondere in der Samtgemeinde Baddeckenstedt Verkehrsleistungen erhält, für die er derzeit nicht finanziell aufkommen muss. Auch wenn der Landkreis Wolfenbüttel kein Gesellschafter der KVG mehr ist, vertritt der Regionalverband als Aufgabenträger den Landkreis und sorgt dafür, dass Nahverkehrsleistungen bereitgestellt werden. Bei der vorgeschlagenen Ausgleichszahlung des Landkreises Wolfenbüttel an die Stadt Salzgitter handelt es sich nicht um eine Subventionierung der KVG, sondern um die Finanzierung des Verlustausgleichs der Stadt Salzgitter an die KVG für erbrachte Verkehrsleistungen auf dem Gebiet des Landkreises Wolfenbüttel.

KAbg. Ganzauer fragt, warum eventuelle Defizite bei der Vertragsgestaltung nicht berücksichtigt wurden.

Herr Rössig erwidert, dass die momentanen Kostensteigerungen nicht absehbar waren.

KAbg. Försterling fragt, warum man sich Ende 2019 erneut für eine Direktvergabe ohne Beteiligung des Landkreises Wolfenbüttel zur Frage einer Finanzierungsbeitrag entschieden hat, obwohl ausweislich der Linienerefolgsrechnungen (Anlage zu Vorlage XIX-0182/2022) bereits 2018 und 2019 Defizite bestanden haben.

Landrätin Steinbrügge fragt, was die Alternative zur Direktvergabe gewesen wäre.

Herr Rössig teilt mit, dass man mit der Direktvergabe den Auftrag an ein kommunales Unternehmen geben wollte.

Beschluss:

Siehe oben TOP 8.

TOP 8.2 Abschluss einer (Folge-)Vereinbarung mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH Vorlage: XIX-0216/2022

Beschluss:

Siehe oben TOP 8.

TOP 8.3 Antrag auf anteilige Finanzierung eines Spritzenautomaten am Kontaktcafé Clara der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH Vorlage: XIX-0215/2022

Beschluss:

Siehe oben TOP 8.

TOP 9 Kurzvorstellung des Konzepts Bürgerleuchttürme

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Frau Krawczyk stellt sich als neue Katastrophenschutzmanagerin des Landkreises Wolfenbüttel vor und präsentiert das Konzept Bürgerleuchttürme. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 6 beigefügt.

Vorsitzender Brücher fragt nach der Umsetzung des Konzepts.

Frau Krawczyk teilt mit, dass die Umsetzung derzeit vorbereitet wird.

KAbg. Försterling regt an, bei der Umsetzung des Konzepts die Dorfgemeinschaftshäuser der Gemeinden als zentrale Anlaufpunkte ins Auge zu fassen und im Zuge von künftigen Modernisierungsmaßnahmen die autarke Stromversorgung zu beachten.

KAbg. Kamphenkel fragt, in welchem Zeitrahmen eine Umsetzung beabsichtigt ist und ob bereits Haushaltsmittel für das kommende Jahr eingeplant sind.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass der Landkreis Wolfenbüttel derzeit mit den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden über das Konzept im Gespräch ist. Zunächst geht es um die Standortbestimmung der Bürgerleuchttürme.

Herr Glaeske ergänzt, dass die ersten Schritte zur Umsetzung aus dem laufenden Aufwand finanziert werden können. Es wird jedoch auch Maßnahmen geben, die eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses bedürfen. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich der finanzielle Bedarf noch nicht beziffern.

KAbg. Emmerich fragt, ob die Umsetzung auch für die Stadt Wolfenbüttel gilt.

Landrätin Steinbrügge bestätigt, dass sich dies auf das gesamte Kreisgebiet bezieht.

Herr Marowsky-Brée gibt zu bedenken, dass dann erst Mittel für das Haushaltsjahr 2024 eingeplant werden können.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass es notwendig sein wird, bis dahin im Bedarfsfall zu improvisieren. Eine sukzessive Umsetzung wird dennoch angestrebt.

Herr Beims weist daraufhin, dass eine Standortplanung lediglich nach Einwohnerzahlen nicht zielführend sei. Es müssten auch schwach besiedelte Gebiete berücksichtigt werden.

Frau Krawczyk stimmt dem zu und bestätigt, dass dies berücksichtigt wird.

KAbg. Kamphenkel greift die Anfrage aus Tagesordnungspunkt 5.2 auf (Gibt es einen Krisenstab bzw. Vorbereitungen zur Bewältigung einer eventuellen Gasmangellage?).

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass es keinen eigenen Krisenstab gibt. Dies fällt in die Zuständigkeit der Abteilung Bevölkerungsschutz.

Herr Glaeske teilt mit, dass es derzeit Kontakt mit den Energieversorgern gibt, um zu klären, wie mit Gasmangellagen umgegangen werden kann. Ein weiterer wichtiger Punkt, der sich derzeit in der Klärung befindet, sind Gas- oder Strommangellagen in Zusammenhang mit Alten- und Pflegeheimen.

Herr Glaeske betont, dass das Entscheidende sei, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass derzeit ermittelt wird, wo es Notstromaggregate gibt und welcher Bedarf in Hinblick auf die Treibstoffbeschaffung besteht.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Kurzvorstellung des Konzepts Bürgerleuchttürme Kenntnis.

TOP 10 Rettungswache Cremlingen - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf.

Herr Beddig teilt den aktuellen Sachstand zum Bau der Rettungswache Cremlingen mit. Es ist beabsichtigt, gemeinsam mit der Gemeinde Cremlingen eine Kombinationslösung aus Feuerwehrgerätehaus und Rettungswache zu errichten. Noch in diesem Jahr soll eine erste Entwurfsplanung vorliegen. Entsprechende Haushaltsmittel stehen für 2023 zur Verfügung.

KAbg. Müller fragt, ob es bereits einen Standort gibt.

Herr Beddig teilt mit, dass sich das Grundstück zentral in Cremlingen befindet.

KAbg. Försterling teilt mit, dass mit dem Protokoll der letzten Sitzung die Mitteilung der Eintreffzeiten in der Gemeinde Cremlingen sowie ein Vergleich zwischen der jetzigen Lösung und einer Containerwache hinsichtlich der Bauzeit zugesichert wurde.

Herr Beddig erklärt, dass ein vorgezogenes Bauvorhaben nicht mehr beabsichtigt ist. Es steht dafür kein geeignetes Grundstück zur Verfügung und wäre nicht wirtschaftlich.

Frau Klooth ergänzt, dass die Rede von einer modularen Lösung statt einer Containerlösung war. Auch diese Lösung hätte nicht mit einem signifikanten Zeitvorteil umgesetzt werden können. Mit der Ausschreibung, dem Bau und einem späteren Umsetzen der Wache auf ein neues Grundstück sei der Zeitverlust durch den Bau der kombinierten Lösung nicht mehr gravierend.

Nachdem die Errichtung einer Rettungswache und eines Feuerwehrgerätehauses gemeinsam mit der Gemeinde Cremlingen als geeignete Lösung gesehen worden ist, wurde die temporäre Errichtung einer Rettungswache in Modulbauweise zunächst nicht weiter verfolgt. Eine konkrete Aussage zur terminlichen Umsetzung dieser Lösung ist daher nicht abschließend möglich.

Bezüglich der zugesagten Eintreffzeiten teilt Frau Klooth mit, dass der zuständige Mitarbeiter krankheitsbedingt keine Auswertung zur Verfügung stellen konnte. Dies soll über das Protokoll nachgeholt werden.

Protokollnotiz:

Die Auswertung der Eintreffzeiten in der Gemeinde Cremlingen ist dem Protokoll als Anlage 7 beigelegt.

Leider konnte noch keine Verbesserung der Eintreffzeiten erzielt werden. Es werden vorübergehende Maßnahmen, zum Beispiel die tageszeitabhängige Unterbringung eines RTW ohne Wachenstandort in Cremlingen, geprüft.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Rettungswache Cremlingen Kenntnis.

TOP 11 Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 11 als Präsentation über das Protokoll zur Verfügung gestellt wird. Diese ist als Anlage 8 beigelegt.

Frau Heintzen stellt sich als neue Leiterin der Abteilung Ordnungswesen und Ausländerbehörde vor.

TOP 12 Aktuelle Lage der Corona-Pandemie im Landkreis Wolfenbüttel - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher teilt mit, dass Tagesordnungspunkt 12 als Präsentation über das Protokoll zur Verfügung gestellt wird. Diese ist als Anlage 9 beigelegt.

TOP 13 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf.

Frau Klooth teilt mit, dass der Bericht über Neuerkrankungszahlen bei Schilddrüsenkrebs in den Jahren 2015 bis 2019 für die Samtgemeinde Elm-Asse vorliegt.

Protokollnotiz:

Der Bericht ist über den Link

<https://www.krebsregister-niedersachsen.de/veroeffentlichungen/sonderauswertungen/asse/> abrufbar.

Die Fallzahlen entsprechen den erwarteten Fällen bzw. liegen leicht darunter. Ein ausführlicher Bericht wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit erfolgen.

Frau Klooth teilt mit, dass der Landkreis Wolfenbüttel derzeit prüft, ob das Grundstück in der Mascheroder Straße gekauft und der geplante Bau des Katastrophenschutzentrums mit Fahrzeughalle für den Rettungsdienst, den erweiterten Rettungsdienst und den Katastrophenschutz in Eigenregie erfolgen kann.

Herr Glaeske unterrichtet über den aktuellen Sachstand zum Projekt Katastrophenschutz 4.0. Am 16.11.2022 wurde die Katastrophenschutzbedarfsplanung begonnen. Die Präsentation des Ergebnisses soll in einer Sondersitzung des Ausschusses im Juni 2023 erfolgen.

Herr Glaeske berichtet weiterhin über die erfolgte Grundausbildung im Katastrophenschutzstab. 21 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Lehrgang erfolgreich durchlaufen.

TOP 14 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 14 auf.

Frau Hellwig fragt, was vom Konzept Bürgerleuchttürme bereits umgesetzt wurde und ob bis Ende des Jahres mobile Leuchttürme betrieben werden können.

Vorsitzender Brücher verweist auf den Austausch in Tagesordnungspunkt 9, wonach ein Konzept besteht und an der Umsetzung gearbeitet wird.

Frau Hellwig teilt mit, dass die Stadt Braunschweig plant, bis Ende des Jahres 20 mobile Leuchttürme zu betreiben.

Herr Glaeske erklärt, dass eine Vergleichbarkeit schwierig sei, da die Stadt Braunschweig zum einen eine kleinere Fläche hat und zum anderen als Berufsfeuerwehr auf ganz andere personelle Kapazitäten zurückgreifen kann. Dies ist für den Landkreis Wolfenbüttel nicht im gleichen Maße zu leisten.

Frau Hellwig fragt, wie Rathäuser im Falle eines Blackouts geschützt sind.

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine Aussage für die Rathäuser nicht getroffen werden könne, da die Zuständigkeit bei den Gemeinden liegt. Hinsichtlich des Kreishauses bestehen derzeit Überlegungen, wie im Bedarfsfall eine Notstromversorgung und ähnliches gewährleistet werden kann.

Vorsitzender Brücher bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 18:41 Uhr.

gez.
Brücher
Vorsitzender

Klooth
Dezernentin

Buchholz
Protokollführer

Anlagen: - 9 -